

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 10.01.2008 um 18.30 Uhr
im Historischen Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Stocker (für Stadtrat Weiglein) bis 19.55 Uhr, Ziffer 3)
Stadtrat Schardt
Stadtrat Rank

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Heisel

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Richter (für Stadtrat Müller)
Stadtrat Schmidt
Stadtrat May (ohne Ziffer 4 – 7)

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp

AG Gold/ödp

2. Bgmin. Gold

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Rechtsrätin Schmöger

Oberamtsrat Hartner
Herr Most, Stadtmarketingverein (Ziffer 1)
Herr Paul, Stadtmarketingverein (Ziffer 1)
Frau Müller, Leiterin Haus St. Elisabeth (Ziffer 2)
Frau Dlugosch, Ziffer 2)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadtrat Lux

Stadtrat Konrad
Stadtrat Mahlmeister
Stadträtin Schmidt
Bürgermeister Böhm

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Weiglein
Stadtrat Müller

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Stadtfest 2008

- A. Oberamtsrat Hartner geht auf den Sachverhalt ein und stellt dar, dass das Stadtfest 2007 zweifellos ein voller Erfolg war und dass bei der ersten Beratung im Dezember 2007 der Vorschlag von Stadtrat Lux kam, das Stadtfest im 2-jährigen Rhythmus abwechselnd mit dem Brückenfest abzuhalten, damit nicht die Gefahr des „Zerlaufens“ bestehe. Er erklärt, dass die ersten Vorbereitungen durch den Stadtmarketingverein bereits angelaufen seien und bittet um Beschlussfassung, für das Jahr 2008 einen städtischen Zuschuss in Höhe von 10.000,00 € zur Verfügung zu stellen.

Herr Most, Geschäftsführer des Stadtmarketingvereins erklärt welche Vorbereitung er bereits getroffen und welche Punkte er bereits fest gebucht habe. Der Vorstand des Stadtmarketingvereins war sich sofort nach dem Stadtfest 2007 im Klaren darüber, eine solche Veranstaltung jährlich abzuhalten, da der Bürger dies in gleicher Weise wünsche.

Stadtrat Lux als Fremdenverkehrsreferent hat keine Zweifel am Erfolg des Stadtfestes 2007, jedoch hat er bei einem jährlichen Turnus bedenken, dass es mit den Jahren nicht mehr angenommen werde. Nachdem der Stadtmarketingverein mit der Durchführung des Weinfestes ohnehin sehr viel zu tun habe, könnte man ihn insoweit auch entlasten.

Herr Paul, Vorsitzender des Stadtmarketingvereins erklärt, dass es sinnvoll sei, das Stadtfest als Marke in Kitzingen zu etablieren und es bei einer 2-jährigen Durchführung nicht wahrgenommen werden würde. Außerdem habe man durch die verschiedenen Veranstaltungen die nötige Erfahrung um zwei Feste innerhalb kürzester Zeit auf die Beine zu stellen.

Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, dass Wirtschaftsförderung nicht nur anhand von Festlichkeiten passieren dürfe. Man müsste die Gastronomie aufbessern und die Gewerbebetreibenden für ein besseres Angebot animieren, damit auch während des Jahres die Gäste gerne und wieder nach Kitzingen kommen.

Stadtrat Schmidt stellt fest, dass eine Festlichkeit – anders als beim Stadtfest 2007 – ohne einen besonderen Anlass nicht zu den Pflichtaufgaben einer Kommune gehöre. Nachdem es viele Maßnahmen gebe, die zwar wünschenswert wären, aber aufgrund der finanziellen Mittel nicht umgesetzt werden, spricht er sich ebenfalls für einen zwei-jährigen Rhythmus aus.

Weiter stellt er fest, dass der Beschluss zum Stadtfest 2007 mit 22.500,00 € gedeckelt war, das Rechnungsergebnis sich jedoch auf ca. 30.000,00 € belaufe und fragt nach den Gründen und weshalb der Stadtrat hierüber nicht informiert wurde.

Oberamtsrat Hartner erklärt, dass durch die vielen Bauhofsstunden, die aufgrund der Nichtverfügbarkeit der Bereitschaftspolizei, die sonst die Absperrungen vornehmen, unerwartet gestiegen seien. Nachdem man nicht wusste, ob die Kosten evtl. doch eingehalten werden könnten, habe man den Stadtrat nicht informiert. Des Weiteren lag die Abrechnung erst im Oktober/November 2007 vor.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über das weitere Vorgehen in Sachen Stadtfest.

B. Mit 8 : 5 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Für die Organisation und Durchführung eines Stadtfestes im Jahr 2008 werden dem Stadtmarketing-Verein Städtische Leistungen im Wert von 10.000 € bereitgestellt.

2. Mehrgenerationenhaus:

hier: Caritashaus St. Elisabeth in Kitzingen

- A. Oberamtsrat Hartner geht kurz auf den Sachverhalt ein und stellt die bisherige Chronologie dar. Nachdem die Verwaltung das Vorhaben sehr begrüßt und mit Frist zum 14.01.2008 das Einverständnis erteilt werden müsste, bittet Oberamtsrat Hartner um Zustimmung.

Im Folgenden gehen Frau Müller, Leiterin des Caritashaus St. Elisabeth in Kitzingen sowie Frau Dlugosch, Erstellerin des Konzepts ausführlich auf die Konzeption zur generationsübergreifenden Arbeit mit Kindern, Erwachsenen und Senioren ein und stellen dar, welche Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssten. Frau Müller erklärt, dass aufgrund des Bestands im Hause St. Elisabeth keine Investitionskosten für einen Umbau benötigt würden. Sie macht deutlich, dass vieles was das Konzept beinhaltet bereits angeboten, es aber nun noch ausgeweitet und professionalisiert werde.

Stadtrat Konrad als Referent für Senioren und Menschen mit Behinderung erklärt, dass sich die Struktur in Alten- und Pflegeheime dahingehend geändert habe, dass die Bewohner zwar geistig fit, aber körperlich nicht mehr mobil seien, weshalb es gut sei, dass hiermit „das Leben“ in die Heime komme. Er freut sich, dass dieses Projekt in Kitzingen umgesetzt werde und bittet um Zustimmung.

Stadträtin Stocker als Familien- und Jugendreferentin freut sich ebenfalls über dieses Konzept und bittet um Zustimmung.

B. Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen erhebt keine Einwände gegen die Förderung des St.-Elisabethen-Heimes im Rahmen des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser.

3. Budgetierung des Sachgebiets Steuerverwaltung

Mit 12 : 0 Stimmen

Das Budget des Sachgebiets 22 –Steuerverwaltung- (UA 0341) für 2008 wird auf 93.130,00 € festgesetzt.

4. Budget Amt 2, SG 232, Forstbetrieb, UA 8551

Mit 11 : 0 Stimmen

Das Budget für das Jahr 2008 wird auf 41.340,00 € festgesetzt.

5. Budget Kindergärten/Kinderkrippen, UA 4642 - 4649

Mit 11 : 0 Stimmen

Das Budget für das Jahr 2008 wird auf 19.661,00 € festgesetzt.

6. Budget Amt 2, SG 23, Kleingartenwesen, UA 5905

Mit 11 : 0 Stimmen

Das Budget für das Jahr 2008 wird auf 22.700,00 € festgesetzt.

7. Budget Amt 2, SG 23, Liegenschaftsverwaltung, UA 0351

Mit 11 : 0 Stimmen

Das Budget für das Jahr 2008 wird auf 147.420,00 € festgesetzt.

8. Budget Öffentliche Toiletten, UA 7191

A. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht auf den Sachverhalt ein und bittet um Beschlussfassung.

Stadträtin Richter fragt nach, wie sich die Kosten in Höhe von 53.950,00 € zusammensetzen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass die Reinigung der Toiletten an eine Firma vergeben wurde, worauf Stadträtin Richter anregt die Stelle auszuschreiben, da man ihrer Auffassung nach, hiermit Kosten einsparen könnte.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass die Einstellung einer Kraft hierbei nicht günstige käme und über Jahre keine geeignete Person gefunden werden konnte.

Nach kurzer Beratung stellt Oberbürgermeister Moser fest, dass der Punkt dennoch beschlossen werden müsse, er jedoch zusagt, sich bezüglich einer Ausschreibung nochmals mit der Personalabteilung abzustimmen.

B. Mit 12 : 0 Stimmen

Das Budget für das Jahr 2008 wird auf 53.950,00 € festgesetzt.

9. Budgetierung:

Budget der Stadtkämmerei für das Haushaltsjahr 2008

Mit 12 : 0 Stimmen

Das Budget der Stadtkämmerei - UA 0301 - wird für das Haushaltsjahr 2008 auf 223.175 € festgesetzt.

10. Budgetierung 2008 des UA 0501 - Standesamt

Mit 12 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Im Haushaltsjahr 2007 wird das Budget im UA 0501 – Standesamt – auf

171.325,-- €

festgelegt.

11. Haushaltsüberschreitungen

Ohne Abstimmung

Es wird zustimmend davon Kenntnis genommen, dass für das Rechnungsjahr 2007 Haushaltsüberschreitungen bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Überschreitungs- betrag
<u>VwHh:</u> 6300 6790	Gemeindestraßen Budget; Leistungen Bauhof und Gärtnerei Innere Verrechnungen	660.000,00 €	56.000,00 €
<u>VmHh:</u> 3200 9369	Museen, Sammlungen, Ausstellungen; Erwerb von sonst. beweglichen Sachen des Anlagevermögens - Ersatzbeschaffung - bisher bereitgestellt somit insgesamt	94.000,00 €	7.790,00 € <u>27.083,00 €</u> <u>34.873,00 €</u>

genehmigt wurden.

Die Deckung erfolgte für

HSt. 6300 6790 durch Mehreinnahmen bei HSt. 9000 0030 – Gewerbesteuer.

HSt. 3200 9369 durch Ausgabeneinsparungen bei HSt. 6309 9501 – Tiefbaumaßnahme Nordtangente.

12. Anfrage von Stadträtin Wallrapp Energetische Bewertung von Gebäuden

Stadträtin Wallrapp verweist auf ein Schreiben des Bayerischen Gemeindetages, laut dem es ein Förderprogramm für die energetischen Umbauten durch Kommunen gebe und bittet um Beachtung.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass man den Entwurf dieses Förderprogramms kenne und diesbezüglich bereits ein Gespräch mit der Regierung von Unterfranken geführt habe.

13. Anfrage von Stadtrat Popp Ausschreibung von Grundstücksgeschäften

Stadtrat Popp verweist auf einen Artikel aus dem Bayerischen Städtetag, wonach Städte bei der Vermarktung von Grundstücken diese europaweit ausschreiben müssen, wenn sie dabei einen gewissen Schwellenwert überschreiten. Er fragt nach, wie sich dies bei den Städtischen Grundstücken verhalte und ob die Stadt damit gegen geltenden Rechts verstößt.

Im Folgenden geht Rechtsrätin Schmöger ausführlich auf die Situation ein und stellt dar, dass sie aufgrund einer Rechtssprechung des OLG Düsseldorf in der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 08.11.2007 über den Sachverhalt informiert habe. Es ist in der Tat so, dass bei Grundstückveräußerungen in Zusammenhang mit städtebaulichen

Verträgen, die über den Schwellenwert von 5,278 Mio. hinausgehen, nun europaweit ausgeschrieben werden müsse. Sie erklärt, dass die Stadt Kitzingen dies beachten werde und sie sich bereits einem Workshop angeschlossen habe, der diese Thematik beinhalte.

14. Anfrage von Stadträtin Richter
Antrag von Taxen e. V.

Stadträtin Richter fragt nach, wann der Antrag der Taxen e. V. behandelt werde. Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass der Antrag spätestens während den Haushaltsberatungen erfolge.

15. Anfragen von Karl-Heinz-Schmidt
- Energetische Sanierung der D.Paul-Eber-Schule
- Verfahren Auftragsvergaben nichtöffentlich/öffentlich
- bisherigen Kostenaufwand ISEK
- Sonderprüfbericht Bau GmbH
- vorläufige Plakatierung der Parteien und Wählergruppierungen – weiteres Vorgehen

Stadtrat Schmidt fragt bzgl. der energetischen Sanierung der D.Paul-Eber-Schule nach, ob man sich hinsichtlich einer alternativen Lösung zur Hackschnitzelheizung (Wärmepumpe) Gedanken machen werde, nachdem sich aus energetischer Hinsicht bereits Änderungen ergeben haben.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass diesbezüglich in Kürze ein Gespräch stattfinden werde.

Weiter fragt Stadtrat Schmidt hinsichtlich der öffentlichen oder nichtöffentlichen Behandlung von Auftragsvergaben nach, ob sich die Verwaltung diesbezüglich Gedanken gemacht habe und verweist auf die Grundsatzdiskussion in Sachen Spielplatz.

Rechtsrätin Schmöger erklärt, dass sie bereits im Jahr 2005 darüber informiert habe und in diesem konkreten Fall es kein rechtliches Problem sondern ein Problem der grundsätzlichen Behandlung (Maßnahmebeschluss) darstellte. Sie weist nochmals darauf hin, dass zwischen VOL- und VOB-Leistungen unterschieden werden müsse, nachdem der Bieterschutz unterschiedlich angesehen werde. Grundsätzlich muss die Entscheidung in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen werden. Falls es zunächst über den Grundsatz einer Maßnahme gehe, dann sollte dies in öffentlicher Sitzung geschehen.

Stadtrat Schmidt bezieht sich auf die bisherigen Aufträge im Zusammenhang mit dem Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzept und erbittet eine Aufstellung welche Aufträge an Drees & Sommer vergeben wurden und welche Kosten damit entstanden seien bzw. noch entstehen.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

Weiter bezieht sich Stadtrat Schmidt auf den vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband zu erstellenden Prüfberichts in Sachen „Siedler Eck“ und fragt nach, wann mit einem Ergebnis bzw. einer Vorlage zu rechnen ist. Zudem möchte er wissen, wann die Anträge, die die UsW in diesem Zusammenhang gestellt habe, behandelt werden.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass die Anträge behandelt würden. Der Prüfbericht vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband liegt noch nicht vollständig vor, wird aber nach dessen Vorlage dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben werden.

Abschließend bezieht sich Stadtrat Schmidt auf den vorläufigen Startschuss der Plakatierungshandlungen am Sonntag, 06.01.2008 und fragt nach, wer hierfür verantwortlich sei. Weiter möchte er wissen, mit welchen Konsequenzen nun zu rechnen wäre.

Rechtsrätin Schmöger erklärt, dass gemäß des Beschlusses vom 18.10.2007 jeder Partei eine Sondernutzungserlaubnis erteilt wurde. Auch wenn nicht konkret die 0.00 Uhr Frist des Plakatierens missachtet wurde, so habe trotzdem auf die eine oder andere Art und Weise jede Partei oder Wählergruppierung gegen die erteilte Sondernutzung verstoßen. Sie erklärt weiter, dass ein Mitarbeiter des Ordnungsamtes einen ganzen Tag beschäftigt war, alle Beschwerden diesbezüglich aufzunehmen, zu sortieren und zu vermerken.

Grundsätzlich hätte die Verwaltung das Ermessen, gegen jede Partei einen Bußgeldbescheid zu erlassen. Nachdem damit auch wieder ein hoher Verwaltungsaufwand verbunden ist und Hintergrund des Ganzen ein nicht beachteter Stadtratsbeschluss sei, den sich die Fraktion und Gruppen selbst auferlegt haben, sehe sie es als wenig zielführend an, die Bußgeldbescheide gegen die Parteien und Gruppierung zu erlassen.

In diesem Zusammenhang bezieht sich Stadtrat Schmidt auf die Äußerungen von Frau Küspert, die ihren OB-Mitbewerber und Kollegen bei der Stadt Kitzingen mit Äußerungen zur Sanierung des Hallenbads angegangen habe. Seiner Meinung müsse dies richtiggestellt werden. Weiter fragt er nach inwieweit Oberbürgermeister Moser als Dienstvorgesetzter gegen Frau Küspert aufgrund des persönlichen Angriffs vorgehen werde.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass es offenkundig sei, dass nicht Herr Pauluhn persönlich sondern der Aufsichtsrat der Stadtbetriebe bzw. der Stadtrat diese Beschlüsse gefasst habe. Außerdem sei dies im Wahlkampf ein bekanntes Stillmittel. Er erklärt, dass es sich dennoch mit Frau Küspert zu einem Gespräch zusammensetzen werde.

2. Bürgermeisterin Gold ist der Auffassung, dass der Wahlkampf nicht Tür und Tor für solche Äußerungen unter Kollegen öffnen dürfe und erwartet, dass Oberbürgermeister Moser seiner Fürsorgepflicht als Vorgesetzter nachkomme.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung von 20.45 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer